

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden, GB): Nachhaltiges Berner Konjunkturprogramm für die neue Legislatur 2009 – 2012 nötig

In der Stadtratssitzung vom 22. Januar 2009 wurden die Punkte b3, b4, b6 und c des folgenden Postulats erheblich erklärt, Punkt b5 wurde von der Postulantin zurückgezogen und die restlichen Punkte vom Stadtrat abgelehnt:

Die Immobilien- und Banken Krisen hinterlassen auch in der Schweiz konjunkturelle Spuren. Die Bankenkrise führt zu weniger Steuereinnahmen. Um in der Schweiz eine Rezession zu verhindern, muss die Kaufkraft der Bevölkerung erhalten bleiben. Bund, Kantone und Gemeinden müssen mit ihren Ausgaben helfen, die Binnenkonjunktur zu stabilisieren. Dazu gehören auch Investitionen durch die öffentliche Hand. Neben Bund und Kantonen können auch Städte wie Bern ihren Beitrag leisten und auch davon profitieren. Denn wer in schlechten Zeiten investiert bzw. baut, wenn die Preise tiefer sind, profitiert für gleiche Leistungen zu tieferen Preisen. Es braucht auf allen Ebenen eine aktive Wirtschaftspolitik, die auf Nachhaltigkeit setzt und damit eine Rezession abwenden hilft. So können wir unsere Wirtschaft stärken und gleichzeitig den ökologischen Umbau einläuten und soziale Probleme wie zum Beispiel der Mangel an kostengünstigen Familienwohnungen lindern. Bereits beschlossene Investitionsvorhaben der öffentlichen Hand sollen rasch umgesetzt werden (u.a. Tramprojekte, Hochwasserschutz, Lärmschutz, Energiesanierungen). Die Stadt lanciert ein Impulsprogramm im Bereich ökologische Haussanierungen, was im Interesse unserer Wirtschaft und unseres Klimas ist. Auch im Bereich erneuerbare Energien sollen Projekte vorangetrieben werden (u.a. zusammen mit Energie Wasser Bern ewb).

Die Massnahmen werden allenfalls auch zusammen mit dem Kanton und Gemeinden koordiniert. Das städtische Konjunkturprogramm ist mittelfristig auf die nächsten zwei bis vier Jahre ausgerichtet. So kann die Berner Wirtschaft die nötigen zusätzlichen Impulse erhalten, um nicht in eine Rezession mit Vernichtung von Arbeitsplätzen, Qualifikationen und Existenzen zu rutschen. Es genügt nicht, den Banken eine Finanzspritze zu geben. Der ökologische Umbau der Wirtschaft zahlt sich mehrfach aus.

Der Gemeinderat wird beauftragt folgende Massnahmen zu ergreifen

- a) In einem Bericht aufzuzeigen, welches die kurz-, mittel- und langfristigen Folgen der Bankenkrise für die Stadt Bern sind (Steuereinnahmen, Wirtschaftsentwicklung, Arbeitsplätze, Erwerbslosenquote etc.) und wie der Gemeinderat darauf reagieren will.
- b) Massnahmenprogramm zur Stärkung der regionalen Binnenwirtschaft, welches u.a. folgende Elemente umfasst:
 1. Erhöhung der Investitionssumme für die nächsten Jahre für nachhaltige Projekte im Hoch- und Tiefbau um 10-20% (Werterhalt dringende Projekte z.B. Langsamverkehr, Lärmschutz)
 2. Förderung von gemeinnützigem sozialen Wohnungsbau durch den Wohnbaufond z.B. auf den städtischen Baufeldern in Brünnen
 3. Städtisches Förderprogramm für ökologische Haus-Sanierungen von Privaten, jährlich Fr. 2 Mio.
 4. Investitionen von ewb in erneuerbare Energien
 5. Gewährung des vollen Teuerungsausgleichs für das städtische Personal und die Angestellten der ausgelagerten und subventionierten Betriebe.
 6. Förderung von Lehrstellen und Massnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit.
- c) Anpassung der Legislaturziele 2009-2012, indem der Schwerpunkt der Konjunkturstützung integriert wird.

Bern, 23. Oktober 2008

Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden, GB), Hasim Sancar, Cristina Anliker- Mansour, Emine Sariaslan, Urs Frieden, Stéphanie Penher, Karin Gasser, Christine Michel, Lea Bill

Bericht des Gemeinderats

Die allgemeine Wirtschaftslage präsentiert sich weiterhin angespannt. Es ist für den Gemeinderat klar, dass sich auch die Stadt Bern überlegt, wie sie mithelfen kann, Beschäftigung, Konsum und Kaufkraft zu stützen. Es sind Anstrengungen zur Verhinderung eines Arbeits- und Ausbildungsplatzabbaus nötig. Dabei kommt der öffentlichen Hand eine wichtige Verantwortung zu. Der Einfluss der Stadt ist allerdings klar beschränkt. Konjunkturpolitik ist primär Sache von Bund und Kantonen. Der Bund hat in den vergangenen Monaten bereits mehrere Stabilisierungspakete geschnürt. Der Kanton Bern will seinerseits die Massnahmen des Bundes aktiv aufnehmen und allenfalls mit eigenen Massnahmen ergänzen. Durch den Teuerungsausgleich für das städtische Personal setzt auch die Stadt direkt bei der Stärkung der Kaufkraft an. Mit Zusatzanstrengungen im Bereich Lehrlinge wird in einem besonders betroffenen Segment des Arbeitsmarkts Einfluss genommen.

Die Stadt Bern ist ein Zentrum mit gut 150 000 relativ krisensicheren Arbeitsplätzen. Durch gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und das Gewerbe soll Bern gemäss Legislaturrichtlinien 2009 - 2012 als Arbeitsstadt zusätzlich gestärkt werden. So wird sichergestellt, dass in Bern auch in Zukunft qualitativ hochwertige Arbeitsplätze angesiedelt oder erhalten werden.

Bern zeichnet sich seit langem durch ein hohes Investitionsvolumen aus. Zahlreiche Projekte wurden in den letzten Jahren bereits realisiert oder sind im Begriff umgesetzt zu werden. Dazu gehören die Grossprojekte in Brünnen, der Neufeldtunnel, der BärenPark oder die Bern Arena, sowie die neue KVA oder Schönberg Ost.

Zu den einzelnen Punkten:

Zu Punkt b3:

Im Frühling dieses Jahrs hat das Amt für Umweltschutz das städtische Gebäudesanierungsprogramm gestartet. Der Stadtrat hat zudem für die Jahre 2009/10 einen Investitionskredit von 1,98 Mio. Franken bewilligt, welcher direkt in die energetische Sanierung von Gebäuden fliesst. Dieses Programm wird erstmals anfangs 2010 evaluiert und dem Stadtrat vorgelegt. Per Ende 2010 muss auf Grund der Evaluationen das weitere Vorgehen neu definiert werden.

Zu Punkt b4:

Der Gemeinderat hat die neue Eignerstrategie für ewb am 18. März 2009 verabschiedet. Darin ist festgehalten, dass ewb keine neuen Beteiligungen an Kernkraftwerken eingehen wird und aus den bestehenden Beteiligungen bis spätestens 2039 aussteigen muss. Das bedeutet, dass ewb in den nächsten 30 Jahren ihr Portfolio auf erneuerbare Energien substituieren muss. Dies bedingt einen Zubau von Produktionskapazitäten für erneuerbare Energien von durchschnittlich 11 GWh pro Jahr. Damit werden sowohl in der Schweiz als auch im Ausland - in der Regel im Rahmen entsprechender Kooperationen - erhebliche Investitionen ausgelöst. Die von ewb am 29. Oktober 2009 verabschiedete Produktionsstrategie geht von Investitionen

in Produktionsanlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien in der Grössenordnung von insgesamt rund 270,0 Mio. Franken bis ins Jahr 2020 (ohne Projekt KWO plus) aus. Hinzu kommen rund 55,0 Mio. Franken für Investitionen in Engagements im Bereich Forschung und Entwicklung von erneuerbaren Energien (z.B. Geothermie, Solarthermik u.ä.). Mit der Beteiligung am Investitionsvorhaben KWO plus stehen weitere Investitionen von über 50,0 Mio. Franken (Anteil gemäss Beteiligungsquote ewb) im Bereich der Optimierung der Wasserkraft zur Diskussion.

Zu beachten ist überdies, dass ewb mit der Erstellung der neuen Produktionsanlage im Forsthaus bis 2012 bereits in erheblichem Masse in erneuerbare Energie investiert. Vom gesamten Investitionsvolumen von rund 500,0 Mio. Franken entfallen immerhin rund 175,0 Mio. Franken auf Anlageteile zur Nutzung von erneuerbaren Energien.

Ferner sind mit der massgeblichen Beteiligung an der Betriebsgesellschaft für die auf einem Freilaufstall in Melchnau installierte Fotovoltaikanlage (pvenergie ag, www.pvenergie.ch) Investitionen von rund Fr. 800 000.00 verbunden. Diese Anlage wird ihren Betrieb im kommenden Jahr aufnehmen. Weitere analoge Vorhaben in der Stadt und Agglomeration Bern sind aktuell in Planung, worunter auch die Installation einer Fotovoltaikanlage auf dem Dach des neuen Tramdepots von BERNMOBIL an der Bolligenstrasse. Für die Realisierung dieser Vorhaben sind Investitionen von insgesamt mehreren Millionen Franken vorgesehen.

Um die Vorgabe der Eigentümerstrategie erfüllen zu können, sind Engagements im Ausland aufgrund einer faktischen Standortgebundenheit unabdingbar: Der rentable Betrieb von auf Fotovoltaik oder Windkraft basierenden Produktionsanlagen ist letztlich nur an hierfür geeigneten Standorten möglich. Für die Fotovoltaik liegen diese Standorte aufgrund der Intensität und der Dauer der Sonneneinstrahlung im südlichen Ausland. Für die Windkraft bieten sich angesichts des Windaufkommens hingegen besonders die Küstengebiete im nördlichen Ausland an. Das Potential, das in der Schweiz für diese Technologien realistischerweise erschlossen werden kann, reicht leider nicht aus. Wie die an dieser Stelle aufgeführten Beispiele indessen zeigen, wird die lokale bzw. schweizerische Wirtschaft in den allernächsten Jahren zweifellos von einem nicht unerheblichen Teil der von ewb geplanten Investitionen profitieren.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass sich auch der von ewb gestützt auf Artikel 25 Absatz 5 des Reglements Energie Wasser Bern (ewb-Reglement, ewr; SSB 741.1) vom 15. März 2001 geäußnete Ökofonds der Förderung von erneuerbaren Energien widmet. Zulasten dieses Fonds werden alljährlich namhafte Förder- bzw. Investitionsbeiträge gewährt.

Zu Punkt b6:

„Eine qualitativ hochstehende Berufsbildung auf allen Ebenen, die Jugendlichen mit unterschiedlichen Hintergründen ermöglicht, eine ihnen angemessene Ausbildung erfolgreich zu absolvieren“ (vgl. Personalleitbild der Stadt Bern) ist für den Gemeinderat ein wichtiges Ziel. Die Zahl der Lehrstellen in der Stadtverwaltung ist seit 2002 um 253 % angestiegen (vgl. nachfolgende Abbildung).

Abbildung: Anzahl Lernende pro Jahr seit 2002

Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Anzahl Lernende	77	77	112	129	152	186	178	195

Die Quote der Lernenden beträgt 8 % - sie ist fast doppelt so hoch wie bei der Bundesverwaltung und der Verwaltung des Kantons Bern.

Für die laufende Legislatur ist vorgesehen, den hohen Stand zu halten und das Erreichte zu festigen mit dem Ziel, die Ausbildungsqualität zu halten und wo möglich zu steigern. Bei der Rekrutierung der Lernenden wird auch künftig darauf geachtet, dass weiterhin Jugendliche mit unterschiedlichen Hintergründen eine ihnen angemessene Ausbildung absolvieren können.

Lernende, die nach Ausbildungsabschluss keine feste Anstellung gefunden haben, können in der Stadtverwaltung ein Praktikum absolvieren. Insgesamt stellt die Stadtverwaltung zurzeit 5 Praktikumsplätze zur Verfügung. Diese unterscheiden sich nach Berufen, Dauer und Finanzierungsmodus. Werden zusätzliche Praktikumsplätze benötigt, wird die Stadtverwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten weitere anbieten.

Zudem engagiert sich auch das Kompetenzzentrum Arbeit für die Lehrstellenförderung und ergreift entsprechende Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit:

- Das Projekt „inizio“ akquiriert neue Lehrstellen und vermittelt Schulabgängerinnen und -abgänger und junge Erwachsene bis zu 22 Jahren mit schwachen schulischen Leistungen oder auffälligem Sozialverhalten aus der Stadt Bern und der Gemeinde Köniz. Dadurch erhalten sie die Chance auf eine für sie geeignete berufliche Grundbildung (Schwerpunkt berufliche Grundbildung mit Attest EBA). Die Anmeldung erfolgt durch die Jugendlichen selber. „inizio“ motiviert und unterstützt angehende Lehrbetriebe beim Aufbau neuer Lehrstellen, führt das Auswahlverfahren der Auszubildenden durch und begleitet die Lehrbetriebe und die Lernenden während der Ausbildung. Es unterstützt die Lehrabgängerinnen und -abgänger bei der Stellensuche oder bei der Erlangung eines höheren Berufsabschlusses.

Seit Projektbeginn 2005 wurden 168 neue Lehrstellen geschaffen. Aktuell arbeitet „inizio“ mit 139 Lehrbetrieben in der Agglomeration Bern zusammen. Von den 300 Jugendlichen, die sich bei „inizio“ meldeten, traten 200 Jugendliche eine Lehrstelle an. Aktuell verzeichnen wir 8 % Lehrabbrüche, In der Regel werden die Jugendlichen weiterhin durch „inizio“ betreut, Einzelfälle wurden an das Case Management Berufsbildung oder an Fachstellen weitergeleitet. Das Projekt läuft Ende 2009 aus. Im Jahr 2010 geht es nun darum, für dieses erfolgreiche Projekt eine Trägerschaft zu finden und dessen Dienstleistungen möglichst im ganzen Kanton Bern zur Verfügung zu stellen. Finanziert wird „inizio“ durch das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT (Anschubfinanzierung), durch den Kanton (Erziehungsdirektion und Volkswirtschaftsdirektion), den Verein für Arbeitsbeschaffung, durch die Gemeinde Köniz und die Stadt Bern.
- Das Motivationssemester [to do] unterstützt Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Lehrstelle und Lehrabbrecherinnen und -abbrecher bei der Suche nach einer geeigneten Anschlusslösung. Die [to do] Teilnehmenden erweitern ihre persönlichen und sozialen Kompetenzen, erwerben berufspraktische Fähigkeiten und schliessen Bildungslücken. Das Finden einer Lehrstelle ist dabei oberstes Ziel. Bestandteil dieses Angebots ist auch die Vermittlung von Stageplätzen im ersten Arbeitsmarkt. Die Stageplätze ermöglichen den Jugendlichen einen ersten Einblick in die Arbeitswelt. Im Jahr 2008 haben 158 Jugendliche das Motivationssemester [to do] ordentlich beendet. Die Anschlusslösungen sahen wie folgt aus:

- 52 % schlossen eine berufliche Grundausbildung an
- 20 % machten ein Praktikum oder fanden einen Job
- 10 % der Absolvierenden haben nur das [to do] Assessment besucht
- 6 % besuchten eine Vorlehre
- 3 % besuchten eine weiterführende Schule
- 5 % figurieren unter „andere“ (Wegzug, IV-Berechtigung usw.)
- 4 % waren ohne Lösung

Der Auftrag für die Durchführung des Motivationssemesters [to do] kommt von Seiten des Kantons (Volkswirtschaftsdirektion, beco). Finanziert wird das Motivationssemester vom Bund (seco) und der Volkswirtschaftsdirektion (beco); zudem leistet auch die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern einen monetären Beitrag.

- Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport ist zurzeit damit beschäftigt, die Strategien und Massnahmen zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration der Stadt Bern für die Jahre 2010 - 2013 zu entwickeln und zu definieren. Einer der Hauptschwerpunkte dieser Strategie sind Massnahmen, welche die Jugendarbeitslosigkeit fokussieren.

Zu Punkt c:

Die Legislaturziele 2009 - 2012 wurden Ende Oktober 2009 vom Gemeinderat verabschiedet. Normalerweise legt der Gemeinderat bereits wenige Monate nach seiner Wahl die neuen Legislaturrichtlinien vor. Dieses Mal hat der Gemeinderat jedoch die Legislaturrichtlinien mit einer längerfristigen Strategie bis 2020 ergänzt, die ihm als Kompass und Orientierung für die Legislaturplanung dient. Die Erarbeitung dieser Dokumente hat einige Zeit in Anspruch genommen und die zeitliche Verschiebung verursacht. Durch diese zeitliche Verschiebung konnte der Gemeinderat die wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Monate in die Überlegungen bei der Erarbeitung der Legislaturrichtlinien einbeziehen. Es finden sich sodann zahlreiche Massnahmen bzw. Indikatoren in den Legislaturrichtlinien, welche direkt oder indirekt Investitionen auslösen und so die Konjunktur stützen. Zu nennen sind hier u. a.:

- die Schaffung planungsrechtlicher Voraussetzungen für neuen Wohnraum und das Vortreiben des Wohnungsbaus;
- die Verbesserung des Wohnumfelds insbesondere für Kinder (Sanierung Breitenrainplatz, Schaffung von Begegnungszonen etc.);
- der Ausbau des Angebots an Rasen-, Wasser- und Freizeitanlagen (Bau von zwei neuen Kunst- und Naturrasenfelder);
- die Stärkung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs (Bau Velostation Schanzenstrasse, Realisierungskredit Tram Region Bern);
- Förderung der Netzwirkbildung zwischen Firmen und der Universität/Fachhochschule im Bereich Klimaforschung und Umwelttechnologien (Förderpreis an Nachwuchs im Bereich Umwelttechnologien);
- Realisierung einer regionalen Vergärungsanlage.

Bern, 20. Januar 2010

Der Gemeinderat